



Niederschrift
zur Sitzung des Ausschusses für Stadt- und Verkehrsplanung,
Wirtschaftsförderung und Umwelt der Schloss-Stadt Hückeswagen

Sitzungstermin: 23.01.2018
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 18:10 Uhr
Ort: im Multifunktionalen
Sitzungssaal (MuFuSiSa),
Bahnhofplatz 8

An der Sitzung nahmen teil:

Vorsitzender

Grasemann, Hans-Jürgen

Mitglieder

Boldt, Winfried
Endresz, Willi
Fink, Horst
Hager, Wilfried
Päper, Cornelia
Sabelek, Egbert
Schütte, Christian
Strack, Uwe für Frau Thiel
Thiel, Jürgen
Welp, Gerhard

von der Verwaltung

Heymann, Stefanie
Kölsch, Anja
Panek, Kerstin
Persian, Dietmar Bürger-
meister
Schröder, Andreas

Es fehlten:

Mitglieder

Thiel, Brigitte

Der Vorsitzende begrüßt die Teilnehmer der Sitzung sowie die Vertreterin der Presse.

Der form- und fristgerechte Eingang der Einladungen wird festgestellt.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Fragestunde für Einwohner
- 2 Bericht der Verwaltung **FB III/3364/2018**
- 3 Radwegeanbindung West II **FB III/3368/2017**
- 4 Stadtverträgliche LKW-Navigation: Festlegung von Vorrangrouten **FB III/3381/2018**
- 5 StadtUmland "Zwischen Rhein und Wupper: Zusammenwachsen" - Weitere Planungen **FB III/3378/2017**
- 6 Mitteilungen und Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

- 1 Bericht der Verwaltung **FB III/3365/2018**
- 2 Bebauungsplan Nr. 76 "Gewerbegebiet West III" - Regelung zur Herstellung von Ökologischen Werteinheiten in Zusammenarbeit mit dem Oberbergischen Kreis und der Bergischen Agentur für Kulturlandschaft gGmbH (BAK) **FB III/3379/2017**
- 3 Mitteilungen und Anfragen

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Fragestunde für Einwohner

Es werden keine Einwohnerfragen vorgetragen.

zu 2 Bericht der Verwaltung Vorlage: FB III/3364/2018

Der Ausschuss für Stadt- und Verkehrsplanung, Wirtschaftsförderung und Umwelt nimmt Kenntnis.

zu 3 Radwegeanbindung West II Vorlage: FB III/3368/2017

Herr Schröder trägt anhand der beigefügten Präsentation die Möglichkeit der Radweganbindung an das Gewerbegebiet West II vor.

Die Bezirksregierung bestätigte in einem gemeinsamen Gespräch gute Erfolgsaussichten auf einen positiven Förderbescheid. Die Verwaltung sieht dieses Projekt als Chance, eine Nutzungserhöhung des Radweges, gerade auch für den Berufsverkehr, zu bewirken. Ziel ist es im Sommer 2018 den Förderantrag zu stellen. Dieser muss allerdings Entwurfsplanung enthalten, wobei die Stadt für die entstehenden Kosten in Vorleistung gehen müsste.

Sie SPD begrüßt die direkte Radweganbindung an das Gewerbegebiet West II und schlägt vor, die im Gewerbegebiet angesiedelten Firmen um Kostenbeteiligung zu bitten.

Herr Persian sieht darin das Thema „Radfahren im Alltag“ vorangetrieben und hält eine Beteiligung der Unternehmerschaft durchaus für vorstellbar. Herr Schröder wendet allerdings ein, dass die Förderrichtlinien einen Mindesteigenanteil von 10 % seitens der Stadt vorsehen.

Auch die CDU unterstützt das Vorhaben. Herr Schütte wendet jedoch ein, dass die Förderrichtlinie eine Förderung von bis zu 80 % trägt. Dies bedeutet, dass der Fördersatz auch geringer ausfallen könnte. Aus diesem Grund würde die CDU gerne ein Kostendeckelung beschließen.

Herr Welp fragt nach der Größe der Steigung der geplanten Rampe. Herr Schröder antwortet, dass die bisherigen Planungen diese Daten nicht beinhalten. Es ist ein Höhenunterschied von drei bis vier Metern zu überwinden.

Herr Sabelek betont, dass seine Fraktion und er grundsätzlich dem Radwegbau positiv gegenüber stehen, er den Bau dieser Anbindung allerdings für unwirtschaftlich hält. Die Kosten stehen in keinem Verhältnis zur auszubauenden

Strecke. Er könnte sich als Alternative den Ausbau eines Schotterweges an der Stelle vorstellen.

Die UWG ist für den Ausbau und spricht sich für eine weitere Verdichtung des Radwegenetzes aus.

Herr Schütte weist nochmals darauf hin, dass die CDU für den Ausbau einen maximalen Betrag für den Eigenanteil der Verwaltung festlegen möchte. Es wird festgelegt, dass dieser Punkt Bestandteil der nächsten Sitzung dieses Ausschusses ist, in der das Thema Radweganbindung erneut ein Tagesordnungspunkt ist.

In Bezug auf die vermeintliche künftige Nutzung des Abzweiges fragt Herr Boldt, wer die Anregung für den Weg gegeben hat und ob es Hinweise darauf gibt, dass der Bedarf tatsächlich besteht. Da in dem Bereich derzeit bereits ein Trampelpfad besteht, ist erkennbar, dass es sich bereits jetzt um eine genutzte Abkürzung ins Gewerbegebiet handelt, entgegnet Herr Schröder.

Herr Schütte hält den Abzweig auch für eine gute Gelegenheit für das Café Bauer, sich als Gastronomie am Radweg zu etablieren.

Abschließend sagt Herr Persian, dass die Stadt sich in diesem Jahr an verschiedenen Projekten zum Thema Nahmobilität auf dem Fahrrad beteiligen wird. Hierzu zählt er „Mit dem Fahrrad zur Arbeit“, „Stadtradeln“, das „Trassentreffen“ und die Möglichkeit einer Gehaltsumwandlung für den Erwerb eines Fahrrads.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Förderantrag vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss fasst diesen Beschluss bei einer Gegenstimme.

**zu 4 Stadtverträgliche LKW-Navigation: Festlegung von Vorrangrouten
Vorlage: FB III/3381/2018**

Mithilfe der beigefügten Präsentation stellt Frau Panek vor, was unter Stadtverträglicher LKW-Navigation zu verstehen ist.

Frau Päper fragt, warum bei der Setzung der Vorrangrouten die K5 nicht berücksichtigt wurde. Herr Schröder sagt, dass die Land- und Kreisstraßen von ihrer Dimension und Tragfähigkeit nicht für den ganzen Schwerlastverkehr ausgelegt sind. Zudem besteht in diesen Straßen für LKWs eine erhöhte Gefahr auf Restriktionen zu treffen. Bundesstraßen sind entsprechend dafür ausgelegt und sollten deshalb auch vorrangig genutzt werden. Die Befahrung der Vorrangrouten ist nicht verpflichtend. Es handelt sich lediglich um einen kostenfreien Dienst der Städte, diese Streckenführungen als bestgeeignetste dem Navigationssoftwarehersteller mitzuteilen.

Herr Sabelek fragt, ob die Information von allen LKW-

Navigationssystemherstellern genutzt werden. Herr Schröder antwortet, dass die Kooperation mit dem Softwarehersteller Here geschlossen wurde. Dieser Hersteller arbeitet mit vielen Autofirmen zusammen. Außerdem glaubt Herr Schröder, dass die LKW-Firmen den Service in jedem Fall nutzen.

Herr Hager erinnert sich, dass sich in der Purd einmal ein LKW fest gefahren hat und möchte aufgrund dessen wissen, ob dort inzwischen eine Lastenbegrenzung gilt. Herr Grasemann entgegnet, dass die auch vor diesem Ereignis bereits bestand.

Herr Welp sieht noch das Problem, dass die Alte Ladestraße eine Gemeindestraße und nicht die Bundesstraße ist und dadurch die LKW Fahrer evtl. eher die Bundesstraße nutzen. Das sieht Herr Schröder durch Benennung der Vorrangrouten als unproblematisch, da vorrangig eindeutig die Alte Ladestraße eingetragen ist und dieses durch das Navigationsgerät genannt wird.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 5 StadtUmland "Zwischen Rhein und Wupper: Zusammen - wachsen" -
Weitere Planungen
Vorlage: FB III/3378/2017**

Frau Panek berichtet von der am 13.10.2017 stattgefundenen Regionalkonferenz. Dort wurden der aktuelle Arbeitsstand, Ergebnisse und neue Ideen vorgestellt. Das Wichtigste an dieser interkommunalen Zusammenarbeit wird in dem direkten Austausch und den daraus resultierenden kürzeren Behördenwegen, also dem schnelleren und erfolgreicherem Arbeiten gesehen.

Als nächstes werden die drei Pilotprojekte „Rheinisch-Bergisches Radwegnetz“, „Städtebahnstudie“ und „Work-Life-Balance Quartier“ konkretisiert. Die Förderquote liegt dafür bei 80 %, die restlichen 20 % tragen die Kommunen gemeinsam. Der Kooperationsvertrag regelt einen Kostenanteil von 5 Cent pro Einwohner je Kommune für das laufende Jahr. Demnach beteiligt sich die Schloss-Stadt Hückeswagen mit 750 €.

Herr Fink stellt den Nutzen der Stadt in dieser Zusammenarbeit in Frage. Herr Schröder bestätigt, dass bislang kein konkreter Nutzen speziell für Hückeswagen entsteht, dass allerdings die Möglichkeit der Mitwirkung in einem solchen Zusammenschluss genutzt werden sollte, um auf Hückeswagen aufmerksam zu machen und Hückeswagen zu positionieren. Gerade großen Städten fehle oft der Bezug und das Wissen über den ländlichen Raum.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 6 Mitteilungen und Anfragen

Herr Schröder informiert mithilfe der beigefügten Präsentation über ein geplantes interkommunales Gewerbegebiet zwischen den Städten Wermelskirchen, Remscheid und Hückeswagen. Die Idee eines solchen Projekts besteht schon

seit vielen Jahren. Allerdings wurde sie erst zum Ende des letzten Jahres wieder konkretisiert und soll nun weiter entwickelt werden.

Sofern die Räte zu gegebener Zeit zustimmen, wird gemeinsam eine Änderung des Regionalplans beantragt, so dass das Projekt planerisch umgesetzt werden könnte.

Wie groß der flächenmäßige Anteil der Schloss-Stadt Hückeswagen an dem Gebiet ist und ob die Stadt dadurch von Gewerbesteuereinnahmen profitieren würde, möchte Herr Sabelek wissen. Herr Schröder entgegnet, dass noch keine konkreten Flächen ermittelt wurden, aber an dem Umkreis schon erkennbar ist, dass Hückeswagen den kleinsten Anteil hat. Bezüglich der Gewerbesteuereinnahmen kann in dieser ersten Planungsphase noch nichts gesagt werden, ergänzt Herr Persian.

Weiterhin fragt Herr Sabelek nach der Gewerbeflächenentwicklung im Bereich Rädereichen. Diese Planungen stehen derzeit noch hinter den Plänen zum Gleisdreieck, so Herr Schröder.

Zum Thema Breitband erläutert Herr Schröder, dass Mitte Dezember eine Erweiterung des Förderantrages auf die Schulen vorgenommen wurde. Zum Zeitpunkt der Stellung des Förderantrags galt jede Schule als ein Haushalt. Dies wurde zwischenzeitlich geändert. Nach den neuen Vorgaben gilt jede Klasse als ein Haushalt, so dass die Hückeswagener Schulen alle unterversorgt sind. Die Zusage der zusätzlich benötigten Mittel wurde bereits getroffen. Die Verwaltung hofft Mitte dieses Jahres einen Vertrag mit einem ausführenden Unternehmen abzuschließen.

Frau Päper macht die Verwaltung auf ein großes Schlagloch in der K 5 Höhe Einfahrt Gewerbegebiet Kobeshofen und auf eine Gehwegabsenkung in der Peterstraße in der Nähe des Pfortnerhauses der Firma Klingenberg aufmerksam. Herr Schröder bedankt sich für die Hinweise und sagt eine Weitergabe an die zuständigen Stellen zu.

Herr Strack fragt nach, wie weit der Kreis mit der Planung der Radweganbindung an die Bever ist. Der Vorsitzende berichtet, dass die SPD dazu bereits einen Antrag formuliert hat, in dem der Kreis gebeten wird die Maßnahme vorzuziehen.

Wie weit die Planung der äußeren Ortsumgebung ist, fragt Herr Fink. Herr Schröder teilt mit, dass derzeit schwierige Grundstücksverhandlungen geführt werden.

Herr Hager fragt nach dem Gewährleistungsstand bzgl. der Schäden in der Stadtstraße. Die Stadt hat gegenüber der Firma Wittfeld ihre Ansprüche begründet und wartet derzeit auf entsprechende Äußerung. Herr Schröder sagt, dass er sich allerdings vorstellen kann, dass die Ansprüche erst vor Gericht ent-

schieden werden.

Für die Richtigkeit:

Datum: 16.02.2018

Hans-Jürgen Grasmann

Stefanie Heymann
Schriftführerin

Kenntnis genommen:

Bürgermeister o. V. i. A.